

DIPLOMATISCHE RUNDEN IN WLADIWOSTOK UND PEKING - Neue Demonstration des Dreiecksverhältnisses der Weltmächte

Y. H. Nieh

Im Monat November hat eine Reihe diplomatischer Aktivitäten zwischen den USA, der Sowjetunion und der VR China stattgefunden - ein Zeichen dafür, daß die Weltpolitik erneut in Bewegung geraten ist. Zunächst wurde die Weltöffentlichkeit am 9. 11. von Peking mit der Erklärung überrascht, daß es zur Unterzeichnung eines Nichtangriffsvertrages mit Moskau bereit sei. Dann wurde am 24.11. nach dem zweitägigen Gipfeltreffen zwischen Präsident Ford und Parteisekretär Breschnew in Wladiwostok ein "Durchbruch" bei der Begrenzung der offensiven Raketenwaffen (SALT II) zwischen den USA und der Sowjetunion angekündigt. Gleich nach dem Wladiwostok-Gipfel flog der amerikanische Außenminister Kissinger am 25.11. direkt nach Peking. Noch während die politischen Gespräche zwischen Kissinger und den führenden chinesischen Politikern in der chinesischen Hauptstadt in Gang waren, schlug Breschnew am 26. 11. in Ulan Bator in seiner Rede zum 50. Gründungstag der Mongolischen Volksrepublik die chinesische Verhandlungsofferte aus. Nicht nur zeitlich standen die Ereignisse in einem engen Zusammenhang miteinander, sondern auch rein örtlich liegen Wladiwostok, Peking und Ulan Bator nicht sehr weit voneinander entfernt. Dies hat zu zahlreichen Spekulationen Anlaß gegeben. Soviel ist aber gewiß, nämlich daß diese diplomatischen Bewegungen die Gestalt des weltpolitischen Dreiecksverhältnisses deutlicher gemacht haben denn je.

I. Sind die Fronten zwischen Peking und Moskau in Bewegung geraten ?

Seit dem blutigen Zwischenfall am Ussuri im März 1969 und der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Peking und Washington nach dem Anstoß der sogenannten "Pingpong-Diplomatie" im April 1971 und Nixons Chinabesuch 1972 gewinnt man den Eindruck, daß die Kluft in den sino-sowjetischen Beziehungen in absehbarer Zeit kaum überbrückbar ist. Diese Ansicht wird noch dadurch verstärkt, daß Moskau in den letzten Jahren immer mehr Truppen - und zwar sowohl mit konventionellen als auch mit nuklearen Waffen ausgerüstete - an die Grenze zu China verlagert haben soll und daß auch die Chinesen häufig offen von der Vorbereitung auf den Kriegsfall sprechen. Dazu zeigt sich in der Presse und in den Reden von Partei- und Regierungsführern beider Seiten eine ständige Eskalation der Polemik. Über Schimpfnamen wie "Revisionisten", "Renegaten" u.a. hinaus bezeichnen die Chinesen die sowjetischen Führer auch als "neue Zaren" oder "Sozialimperialisten". Die Sowjetrussen ihrerseits bezichtigen die chinesischen Führer des "Chauvinismus" oder des "Expansionismus". Viele Beobachter der politischen Szene wollen daher schon nicht mehr daran glauben, daß die ideologischen Meinungsverschiedenheiten noch die Hauptrolle in dem Schisma Peking - Moskau spielen, sondern meinen, daß der Streit um die Grenze die entscheidende Belastung der sino-sowjetischen Beziehungen darstelle.

Die Welt wurde von dem chinesischen Glückwunschtelegramm vom 6.11. mit der Bereitschaftserklärung zur Unterzeichnung eines sino-sowjetischen Nichtangriffsvertrages deshalb völlig überrascht. Einige Experten und Kommentatoren im Westen hatten

noch im letzten Frühjahr einen sino-sowjetischen Krieg für den Sommer 1974 prophezeit (1). Wörtlich lautet der Kern des Dokuments:

" Die chinesische Regierung hat bei vielen Gelegenheiten vorgeschlagen, daß beide Seiten die Verhandlungen in gutem Geiste führen und gutnachbarliche Beziehungen herstellen sollten. Um dies zu erreichen, ist es zu allererst erforderlich, in Übereinstimmung mit der Übereinkunft, die im September 1969 zwischen den Ministerpräsidenten Chinas und der Sowjetunion erreicht wurde, ein Abkommen zu unterzeichnen, das einen beiderseitigen Nichtangriffspakt und einen gegenseitigen Gewaltverzicht, die Beibehaltung des Status quo an der Grenze, die Verhütung bewaffneter Konflikte und des Auseinanderrückens der Streitkräfte auf beiden Seiten einschließt, und man dann dazu übergeht, die gesamten Grenzfragen durch Verhandlungen beizulegen" (2).

Dennoch kam das chinesische Telegramm mit dem Entgegenkommen in der Frage eines Gewaltverzichts- und Nichtangriffsvertrages nicht eigentlich aus heiterem Himmel. Es ist vornehmlich eine Antwort auf die sowjetische Glückwunschatadresse an Peking anlässlich des 25. Gründungstages der VR China am 1.10. 1974, der die Weltöffentlichkeit kaum Aufmerksamkeit geschenkt hat. In dem Grußtelegramm bekräftigte Moskau besonders seinen Vorschlag in Bezug auf den Abschluß eines gegenseitigen Gewaltverzichts- und Nichtangriffsvertrages mit der VR China sowie zur Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten auf allen Gebieten zum beiderseitigen Nutzen (3).

Es ist bekannt, daß Breschnew als erster schon im Juni 1973 in Taschkent den Chinesen mündlich einen gegenseitigen Nichtangriffspakt angeboten hat und daß dies Angebot später in den Reden sowjetischer Führer mehrfach wiederholt wurde (4). Aus dieser Initiative hat Moskau in letzter Zeit großen propagandistischen Vorteil gezogen, weil es mit dieser Anregung demonstrieren konnte, daß die Sowjetunion die VR China nicht bedrohen will und daß die Chinesen mit ihrem Nichteingehen auf Moskaus Vorschläge die Verantwortung für die Spannungen zwischen den beiden Ländern zu tragen haben. Offenbar sieht sich Peking daher gezwungen, Stellung zu beziehen, nachdem Moskau das Angebot nicht nur mündlich vorgetragen, sondern mit dem Grußtelegramm auch schriftlich belegt hat. Allerdings erwähnen die Chinesen in ihrer Antwort nicht, daß Moskau den Anstoß gegeben hat, sondern greifen auf eine Vereinbarung zwischen den Regierungschefs Chou En-lai und Kossygin im September 1969 in Peking zurück. Damit wollen sie wahrscheinlich Moskau zunächst einmal den Wind aus den Segeln nehmen, denn die Idee zur Unterzeichnung eines Nichtangriffsvertrages ist keineswegs ein neuer Vorschlag Moskaus, sondern geht auf eine alte Übereinkunft zwischen den beiden Seiten vor sechs Jahren zurück.

Vergleicht man aber den Notenaustausch anlässlich der chinesischen und der russischen Revolution in diesem Jahr mit dem der letzten Jahre, so ist eine Lockerung der Atmosphäre zwischen beiden Seiten ganz deutlich spürbar. Die Botschaften beider Seiten sind in diesem Jahr - schon rein quantitativ betrachtet -

doppelt so lang wie z.B. die der vergangenen Jahre (5). Auch die Wortwahl ist nicht mehr so kühl und trocken wie früher. In dem diesjährigen sowjetischen Telegramm bekräftigt Moskau, daß die chinesische Revolution einen Bestandteil der Weltrevolution und einen Sieg unter dem direkten Einfluß der Oktoberrevolution darstellt, während im vorjährigen Telegramm aus dem gleichen Anlaß nur von der sowjetischen "breiten Unterstützung" für das chinesische Volk in dessen Befreiungskampf sowie beim Aufbau des Sozialismus die Rede war. Ferner hält Moskau in der neuen Botschaft eine Normalisierung der sino-sowjetischen Beziehungen nicht nur für nützlich im Interesse beider Völker, sondern auch für die Stabilisierung des sozialistischen Lagers sowie für die Friedensarbeit aller Völker auf der Welt.

Neben all diesen Pluspunkten enthält das sowjetische Grußtelegramm noch ein kleines Attribut, das aber vielleicht dasjenige war, das Peking am meisten gefallen hat: daß nämlich "der Umsturz des Chiang Kai-shek-Regimes" von Moskau als eine der historischen Voraussetzungen für die Hinwendung Chinas zum Wege des Sozialismus dargestellt wird. Damit wollen die sowjetischen Führer Peking wahrscheinlich zeigen, daß Moskau keine Annäherung an Taiwan beabsichtige. Denn Peking ist durch die in den letzten Jahren vermehrte inoffizielle Fühlungnahme zwischen Moskau und Taiwan ziemlich beunruhigt worden. Dazu gehörten der Besuch des sowjetischen Journalisten Louis in Taiwan, die Lockerung der Visa-Bestimmungen für Reisen von Chinesen aus Taiwan sowie Taiwans geduldige Hinnahme der Durchfahrt sowjetischer Flottenverbände durch die Taiwan-Straße im Mai 1973. Mehr als einmal hat Peking Moskau beschuldigt, eine "Zwei-China-Politik" zu betreiben.

Auf chinesischer Seite hatte man in dem Grußtelegramm 1969 zum Jubiläum der Oktoberrevolution nur zwei Sätze geschrieben: "Im Namen des chinesischen Volkes entsenden wir dem brüderlichen Sowjetvolk anläßlich des Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution heiße Glückwünsche. Es lebe die große Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und der Sowjetunion" (6). Die Glückwunschschriften 1970-1973 stimmten inhaltlich voll überein und enthielten sämtlich Appelle zur Normalisierung der staatlichen Beziehungen auf der Grundlage der "fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" trotz der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten (7). Die diesjährige Botschaft enthält außer dem üblichen höflichen Gruß und dem gleichen Appell noch viele warme Worte. Z.B. erinnert sie an die "tiefe revolutionäre Freundschaft" früherer Jahre. Zum Schluß des Schreibens wird noch einmal betont: "Die chinesische Regierung wird weiter bestrebt sein, die revolutionäre Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk aufrechtzuerhalten und die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu fördern" (8). Entscheidend ist in dem neuen Grußtelegramm Chinas natürlich sein Entgegenkommen in der Frage der Unterzeichnung eines Nichtangriffsvertrages mit der Sowjetunion. Wie aus dem oben zitierten Abschnitt des Telegramms ersichtlich ist, verlangt Peking dazu von Moskau nicht mehr die vorherige Anerkennung, daß die unter den Zaren geschlossenen Grenzverträge "ungleiche" Verträge sind. Mit diesem speziellen Kompromiß möchte Peking sehr wahrscheinlich die Ehrlichkeit Moskaus zur Lösung der Grenzfrage sowie zur Normalisierung der staatlichen Beziehungen prüfen.

Es scheint, daß Moskau die chinesische Reaktion nicht erwartet

hatte. So veröffentlichte die "Prawda" am 9.11. die chinesische Grußadresse nur auszugsweise und ließ ausgerechnet die interessanteste und entscheidende Stelle hinsichtlich der Unterzeichnung eines Nichtangriffsvertrages ausfallen (9). 18 Tage später, am 26.11., lehnte Moskau in einem Antworttelegramm sowie in der Rede des Parteisekretärs Breschnew zur Feier des 50. Gründungstages der Mongolischen Volksrepublik die konkrete Anregung Chinas ab (10). Nach sowjetischer Version ist sie nichts anderes als eine Wiederholung der alten Position der chinesischen Regierung. Wörtlich meint Breschnew in seiner Rede: "So fordert Peking doch tatsächlich als Vorbedingung nichts weniger als den Abzug sowjetischer Grenztruppen aus einer Anzahl unserer Gebiete, auf die die chinesischen Führer Anspruch erheben und die sie 'umstrittene Gebiete' nennen. Peking will nur in Grenzverhandlungen einwilligen, wenn seine Forderung bezüglich der 'umstrittenen Gebiete' erfüllt wird. Es ist ganz klar, daß eine derartige Position absolut unannehmbar ist, und wir weisen sie zurück" (11).

In Wirklichkeit hat, wie oben bereits analysiert, Peking in seinem Telegramm vom 6. November die bekannte Vorbedingung Chinas zur Lösung des sino-sowjetischen Grenzproblems - nämlich eine Anerkennung der alten Verträge als "ungleiche Verträge" durch die Sowjetunion - nicht wieder erwähnt. Was den Abzug der Streitkräfte aus den umstrittenen Grenzgebieten (nach einer früheren Äußerung Chinas ein 20 km breiter Streifen entlang der Grenze) anbelangt, so hat Peking keinesfalls eine einseitige Leistung von Moskau verlangt, sondern von beiden Seiten angesprochen. Mit den von den Chinesen in demselben Dokument angeschnittenen anderen Punkten, wie der Beibehaltung des Status quo an der Grenze und der Verhütung bewaffneter Konflikte, wollte China jedenfalls - ebenso wie mit dem Truppenrückzugsvorschlag - der Aufrechterhaltung des Friedens an der Grenze vor einer endgültigen Lösung der Probleme dienen.

In der Argumentation Moskaus, das einerseits die Existenz von Grenzproblemen zugibt, andererseits jedoch den Begriff der "umstrittenen Gebiete" nicht akzeptieren will, liegt ein erheblicher Widerspruch. Tatsache ist doch, daß in der Vergangenheit mehrmals ernste Grenzkonflikte zwischen beiden Seiten vorgekommen sind. Die Chinesen haben stets bekundet, daß sie nicht die Absicht hätten, die früher nach den "ungleichen Verträgen" an Rußland verlorenen Gebiete von 1,5 Mio. qkm zurückzuverlangen. Was sie wünschen, ist lediglich eine Berichtigung und Festlegung der Grenzen durch Abschluß neuer Grenzverträge, aber auf der Basis des Status quo nach den alten Verträgen (12). Auch die Sowjetunion hat von einer "Präzisierung" des Grenzverlaufs gesprochen (13). Deshalb ist es schwer zu verstehen, warum Moskau den chinesischen Vorschlag über ein Auseinanderrücken der Grenztruppen beider Seiten um einige Kilometer von der Grenze, das lediglich der Vermeidung weiterer Spannungen dienen soll, für besonders unannehmbar hält. Vielleicht ist das ein Beispiel für die typische Verhandlungstaktik der Sowjetunion, die sich hauptsächlich an die großen Theorien hält, aber weniger Interesse an den konkreten Punkten zeigt, wie man auch an ihrer Haltung in der KSZE sehen kann.

II. China und der Gipfel von Wladiwostok

Viele Kommentatoren hielten das Gipfeltreffen zwischen Präsident Ford und Parteisekretär Breschnew in Wladiwostok für eine

Herausforderung an die Chinesen, da Wladiwostok nur knapp 60 km von der chinesischen Grenze entfernt liegt und dazu noch zu dem Gebiet gehört, das China 1860 unter dem Zwang eines "ungleichen Vertrages" an Rußland abgetreten hatte. Ferner hatte Peking - wie gezeigt - ausgerechnet kurz vor dem amerikanisch-sowjetischen Gipfel seine Bereitschaft für eine Versöhnung mit Moskau bekanntgegeben. Man vermutet, daß Peking damit die Gespräche zwischen Ford und Breschnew beeinflussen wollte (14). Wenn eine solche Beeinflussung auch nicht unbedingt als Ziel oder Motiv Pekings angesehen wurde, so ist eine derartige Wirkung doch nicht von der Hand zu weisen.

Die Chinesen haben Moskau mit ihrer genannten Aktion in ein Dilemma gebracht: Hätte Breschnew vor seinem Treffen mit Ford das chinesische Versöhnungsangebot akzeptiert, so wären die Amerikaner sehr wahrscheinlich nicht mehr bereit gewesen, mit den Russen eine neue Vereinbarung über die Raketen-Begrenzung abzuschließen. Denn in diesem Fall müßte Washington bedenken, daß es durch eine neue Annäherung Peking - Moskau leicht zu einer Verschiebung im globalen Machtverhältnis zum Vorteil der Sowjetunion kommen könnte. Hätte andererseits Moskau das chinesische Angebot schon vor dem Gipfel in Wladiwostok abgelehnt, so hätte Peking - mit diesem Beispiel vor Augen - die Amerikaner warnen können, daß Moskaus Entspannungspolitik nicht ehrlich gemeint sei. Offenbar hat Moskau deshalb seine Antwort an Peking bis auf den Tag nach dem Treffen in Wladiwostok (26.11.) verzögert.

Es wird auch allgemein behauptet, daß das neue SALT-Ergebnis von Wladiwostok ein Schlag für China sei, weil die Chinesen in ihrer Abrüstungspolitik das Endziel anstrebten, die Kernwaffen allseitig zu verbieten und sie total zu vernichten. Die von den USA und der Sowjetunion ins Auge gefaßte Begrenzung der strategischen Waffen ist in chinesischen Augen nichts anderes als eine Verschleierung der Aufrüstung der Supermächte und dient der Aufrechterhaltung ihrer Welthegemonie (15). Im wesentlichen kann China von dem neuen Raketen-Abkommen (SALT II) jedoch nicht benachteiligt, noch auch beunruhigt werden. Denn die Beschränkung der strategischen Waffen seitens der USA und der Sowjetunion kann den Chinesen gerade Zeit und Gelegenheit bieten, die Amerikaner und Russen auf diesem Gebiet einzuholen. Außerdem wird China nach der Fixierung des militärischen Gleichgewichts zwischen den USA und der Sowjetunion automatisch zum Zünglein an der Waage der militärischen Balance, denn jede Annäherung Chinas an eine der Supermächte dürfte das Gleichgewicht zwischen beiden stören.

III. Peking - Washington nach Kissingers 7. Chinareise

Die siebte Mission Kissingers nach China hatte vom amerikanischen Standpunkt aus gesehen den Sinn, die Chinesen über den Gipfel in Wladiwostok zu informieren und das eventuelle Mißtrauen Pekings gegen die Vereinbarung zwischen den USA und der Sowjetunion über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen auszuräumen. Doch zeigten sich seine chinesischen Gesprächspartner eher am Taiwanproblem als am Raketen-Abkommen interessiert. Als der US-Außenminister seine dicken Notizbücher mit den Positionspapieren der SALT-Gespräche von Wladiwostok auf den Tisch legte und dem chinesischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-p'ing im Spaß sagte, daß er sie alle von der ersten bis zur letzten Seite vorlesen wolle, fragte Teng zunächst: "Wieviel wiegen sie?" Kissinger erwiderte: "Einige Tonnen", setzte aber

fort: "Ich habe noch andere. Dies ist nur meine Eröffnungsrede". Teng meinte dazu: "Wir haben auf diesem Gebiet nichts vorzuweisen. Wir haben nur Hirse und Gewehre" (16). Im gleichen Dialog äußerte der US-Außenminister noch: "Wir machen mit jedem Treffen Fortschritte in unseren Beziehungen". Darauf der chinesische stellvertretende Ministerpräsident: "Es wäre gut, wenn wir eines Tages unseren Meinungsaustausch in Washington abhalten könnten". Damit spielte er natürlich auf einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen der USA zu Taiwan an, weil - wie bekannt - die Pekinger Führung keinen Staatsbesuch in den USA machen wollen, solange die national-chinesische Botschaft in Washington noch besteht.

Da das Taiwanproblem China sehr am Herzen liegt, sollte das oben genannte chinesische Telegramm vom 6.11. an Moskau - falls es nur ein taktisches Manöver gewesen wäre - eher den Zweck gehabt haben, Kissingers neuesten Besuch in Peking zu beeinflussen als das Gipfeltreffen in Wladiwostok. Peking könnte mit der Möglichkeit einer Versöhnung mit Moskau Washington zwingen wollen, den inzwischen fast festgefahrenen Prozeß einer Normalisierung der sino-amerikanischen Beziehungen zu beschleunigen. Wie bereits gesagt, könnte eine Wiederannäherung Peking - Moskau das von Kissinger selbst konstruierte Kräfte-dreieck umstoßen. Interessanterweise hat Breschnew gerade an dem Tag Verhandlungen mit Peking über den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages abgelehnt, als das sino-amerikanische Gespräch begann. Außerdem hat er seine Ablehnung in der Äußeren Mongolei bekundet, wo die Sowjetunion starke Truppenverbände gegen China stationiert hat. Es scheint, als hätte Breschnew mit seiner Absage an Peking die Amerikaner beruhigen und eine über-eilte Annäherung Peking - Washington bremsen wollen.

Tatsächlich hat Kissinger bei seiner siebten Chinareise im Vergleich zu den ersten sechs Reisen keinen sensationellen Erfolg erzielt. Allerdings ist das weniger eine Folge der Moskauer Störmanöver, sondern vielmehr die Nachwirkung von Veränderungen in der Führungsspitze sowohl in Washington als auch in Peking. Kissinger hat zwar seine Stelle als US-Außenminister behalten, aber sein Verhältnis zu Ford ist vermutlich doch nicht von so grenzenlosem Vertrauen getragen wie das zwischen ihm und seinem alten Präsidenten Nixon. Auf chinesischer Seite heißt der Ministerpräsident zwar nach wie vor Chou En-lai, aber wegen seines schlechten Gesundheitszustandes konnte er diesmal den amerikanischen Außenminister nur kurz im Krankenhaus empfangen. Teng Hsiao-p'ing als Chous Vertreter besitzt sicher weder ein so überragendes Talent noch eine so große Autorität wie sein alter Meister. Vor allen Dingen ist Washington nun kurz nach dem neuen Regierungswechsel nicht in der Lage, den Chinesen im Taiwanproblem weitere Zugeständnisse anzubieten. Die Präsenz der US-Streitkräfte in Taiwan ist bereits abgebaut. Der nächste Schritt kann nur noch die Kündigung des Beistandsabkommens mit Taiwan sein, der aber gleichzeitig den Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeuten würde. Das einzige Ergebnis der siebten Chinareise Kissingers ist, daß er seinem Präsidenten eine Einladung nach Peking für 1975 mitbringen konnte. Auf einen eventuellen Durchbruch in den Beziehungen Peking-Washington wird man mindestens noch bis dahin warten müssen.

1) Dazu s. "Military Quarterly" 74/1; "Der Spiegel", 11.2.74; "Stern" 21.2.74 und vgl. auch Oskar Weggel, "Schwarze Wolken, doch kein Gewitter. Befinden wir uns am Vorabend eines chinesisch-sowjetischen Kriegs?" , C.a. März 74, S.111 ff.

- 2) S. Dokumentation in diesem Heft: Notenaustausch zwischen Peking und Moskau anlässlich der Oktoberrevolution über Gewaltverzicht
- 3) Text in JMJP 4.10.74
- 4) Vgl. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, "Sowjetunion 1973", München 1974, S.142 f.; NZZ 26.9.73
- 5) Text der sowjetischen Botschaft an China von 1973 in NCNA 5.10.73; Auszüge der chinesischen Botschaften an Moskau 1969-1973 in Ostinformationen 14.11.74, S.4 f.
- 6) Ostinformationen, ebenda
- 7) Vgl. ebenda
- 8) Anm.2
- 9) Pressemeldungen vom 11.11.74
- 10) Zu dem Text der Antwort Moskaus an China und dem von Breschnews Rede, s. Tass-Meldung (englisch) 26.11.74
- 11) Übersetzung nach "Die Welt" 27.11.74
- 12) Dazu vgl. C.a. 72/10, S.3; Neville Maxwell, "The Sino-Soviet Boundary Question", Bulletin of Concerned Asian Studies, 74/April-August, S.58 ff.
- 13) Dazu vgl. O.B.Borissow und B.T. Koloskow, "Sowjetisch-chinesische Beziehungen 1945-1970;" Berlin (Ost) 1973, S.414
- 14) Dazu vgl. NZZ 12.11.74; FAZ 14. u.25.11.74, Times 22.11.74 und Welt 9.11.74
- 15) Dazu s. die Rede des chinesischen Delegationsleiters Chiao Kuan-hua auf der 29. Vollversammlung der UNO, PRu 15.10.74, S.16
- 16) CSM' 27.11.74; vgl. auch Welt 30.11.74

KORREKTUR:

CHINA aktuell November 1974

H. Martin, Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands

S. 692, Fußnote 24):

Statt IHT muß es heißen: CSM

S. 691 ist entsprechend zu ändern